

# PE(E)R POST

Zeitung für den Wahlkreis Oder-Spree des Landtagsabgeordneten Peer Jürgens

## ■ Energiewende drängender denn je

In den letzten Wochen und Monate haben sich die Ereignisse vor allem in energiepolitischer Sicht überschlagen. Der Protest in Oder-Spree und Märkisch-Oderland gegen ein mögliches CO<sub>2</sub>-Endlager hat durch die Genehmigung des Erkundungs-Betriebsplanes von Vattenfall durch den Wirtschaftsminister Christoffers neuen Aufwind bekommen. Auch wenn die Erkundung der Region hinsichtlich einer Eignung für ein Endlager wegen der Klage der Stadt Beeskow zunächst auf Eis liegt – die Beschleunigung des Verfahrens durch das Ministerium ist offensichtlich. Entsprechend heftig waren die Reaktionen der Bevölkerung und der Bürgerinitiativen – auch DIE LINKE aus der Region kritisierte Christoffers scharf.

Der schmerzhaft Kompromiss, den DIE LINKE auf Landesebene für die Koalition mit der SPD beim Thema CCS mit trägt, ist auch in der Partei noch stark umstritten. Zumindest konnte die Position der Landespartei immer weiter in eine kritische Richtung gedrückt werden. So heißt es in einem im Februar beschlossenen Antrag zu CCS, dass sowohl die Verpressung als auch schon die Erkundung nicht gegen den Willen der Bevölkerung vor Ort geschehen darf. Der schleichende Ausstieg aus dem Vorhaben ist damit eingeläutet.

Stromerzeugung aus Kohle ist auch und gerade angesichts der Atom-Katastrophe in Japan keine Alternative. Weder Strom aus Atomkraft noch Strom aus Kohle ist sauber.

Für beides sind Endlager nötig, die hohe Risiken bergen und Natur, Umwelt und Menschen über Jahrhunderte hinaus gefährden. Einzig eine konsequente Umstellung auf Erneuerbare Energien kann solche Katastrophen-Szenarien verhindern. Darum muss neben einem kurzfristigen Ausstieg aus der Atomenergie und einem mittelfristigen Ausstieg aus der Kohle-Verstromung auch eine umfassende Energiewende in Angriff genommen werden. Brandenburg ist unter Rot-Rot bei dem Thema Erneuerbare Energien schon auf einem guten Weg.



## Unsere Themen:

- Gleichberechtigung für Mann und Frau Seite 2
- Kreistag für weitere Drittfiananzierung bei Tierkörperbeseitigung Seite 4
- Was werde ich, wenn ich groß bin? Seiten 6
- Stoppt den Krieg in Libyen! Seite 7

## Besuchen Sie den Landtag

Sie wollen wissen, wie Ihr Abgeordneter arbeitet? Besuchen Sie mich im Landtag. Im Sommer 2011 können Sie mit einem Bus nach Potsdam in den Landtag fahren. Mit dabei ist eine Führung durch den Landtag, ein Gespräch mit Ihrem Abgeordneten und ein Mittagessen. Kosten fallen für Sie keine an. Interesse? Dann melden Sie sich an und fragen nach dem Datum unter Telefon (01 73) 287 12 00 (Herr Kahle).

Ihr Peer Jürgens

Mitglied des Landtages Brandenburg  
direkt gewählt im Wahlkreis 30





**Die Zeit drängt: Mindestlohn statt Lohndumping!**

Ab 1. Mai 2011 können Unternehmen Arbeitskräfte aus ganz Europa schon für 3 Euro und weniger pro Stunde in Deutschland einsetzen. Davor schützt nur der flächendeckende Mindestlohn.

**DIE LINKE.**

www.die-linke.de

## ■ Es bleibt dabei: gute Arbeit für gute Löhne

Die Herstellung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab Mai 2011 wird die Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt in Brandenburg verändern. Für die Brandenburger Wirtschaft wird es zum einen darum gehen, sowohl für einheimische als auch z. B. für polnische Fachkräfte attraktiv zu sein und passgenaue Aus- und Weiterbildungsangebote bereit zu stellen, um das gesamte verfügbare Fachkräftepotenzial zu nutzen. Zudem muss die Anerkennung von Berufsabschlüssen im Rahmen der bundesrechtlichen Möglichkeiten verbessert werden. Zum anderen besteht eine wesentliche Aufgabe für das Land Brandenburg darin, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor unsozialen Niedriglöhnen zu schützen. Vordringlich ist es, die für Billiglöhne besonders anfällige Leiharbeitsbranche in das Arbeitnehmerentendegesetz aufzunehmen. Letztlich ist jedoch zur Vermeidung von Lohndumping

und Billiglohnkonkurrenz die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland anzustreben, wie er in der überwiegenden Mehrzahl der EU-Mitgliedsstaaten bereits üblich ist. Berlin und Brandenburg setzen sich dafür – auch im Konsens mit den Gewerkschaften – weiterhin gegenüber der Bundesregierung ein.

Des Weiteren sind eine umfassende und mehrsprachige Informationsarbeit zu den in Deutschland geltenden sozialen Standards und Schutzrechten notwendig. Die bereits bestehende grenzüberschreitende Zusammenarbeit z. B. der Arbeitsschutzbehörden, Arbeitsagenturen und regionalen Verwaltungen ist sinnvoll und auszubauen. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist für Brandenburg eine große Chance – wenn wir die Knackpunkte vorab lösen.

## ■ Gleichberechtigung für Mann und Frau

Ein wichtiges Element des Koalitionsvertrages zwischen SPD und LINKE ist die Erarbeitung eines gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms. Es wurde für die Jahre 2011 bis 2014 erarbeitet und Anfang 2011 von der Landesregierung verabschiedet – in diesem Sinn passend zum 100. Jubiläum des Internationalen Frauentages. Das Programm soll die Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern voranbringen und helfen, strukturelle geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen. Es geht um gleiche Chancen für Frauen und Männer, für Mädchen und Jungen in allen Lebensphasen, um ein faires Verhältnis der Geschlechter – ohne Berücksichtigung der tradierten Geschlechterrollen. Das schließt gleiche Chancen auf Bildung und Teilhabe an gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen, auf ein gesundes Leben ebenso ein, wie die selbstbestimmte und gerechte Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit und Zeit für andere Tätigkeiten.

Eine aktive Gleichstellungspolitik prägt alle Lebensbereiche des modernen vorsor-



Peer Jürgens überreicht am Frauentag rote Nelken bei Berendsen in Fürstenwalde

genden und nachsorgenden Sozialstaates entscheidend mit. Die Gestaltung der (sozialen) Infrastruktur und eine lebensbegleitende Investition in Fähigkeiten und Perspektiven von Frauen und Männern eröffnen beiden Geschlechtern konkrete Lebenschancen. Die Ge-

währleistung von Schutz, Beteiligung, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gibt Frauen und Männern die notwendigen Sicherheiten. Deshalb ist die Politik für ein faires Verhältnis der Geschlechter eine zentrale Voraussetzung zur Vermeidung oder Überwindung sozialer Ungleichheiten. Sie ist ein wichtiger Standortvorteil im Wettbewerb der Regionen und für die Zukunftsfähigkeit Brandenburgs.

Das Rahmenprogramm ist an der konkreten Lebenswirklichkeit in Brandenburg ausgerichtet. Es berücksichtigt Erkenntnisse aus wissenschaftlicher Forschung und politischer Praxis sowie die Entwicklung in anderen Bundesländern und die gleichstellungspolitischen Ziele der Europäischen Union. In einem breiten Diskussionsprozess haben zudem die – teilweise seit vielen Jahren – aktiven Partnerinnen und Partner im Bereich der Gleichstellung Ideen, Anregungen, Erwartungen und Wünsche formuliert und in das Programm eingebracht.

Mit dem Rahmenprogramm geht Rot-Rot einen weiteren wichtigen Schritt hin zu einem besseren Brandenburg. Gleichberechtigung für Mann und Frau steht bei uns ebenso wie Familienfreundlichkeit weiterhin oben auf der Agenda, sie ist Bestandteil sozial gerechter Politik.

## +++ Nachrichten +++

### Ausbau der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit

Als Bundesland mit der längsten Grenze zu den östlichen Nachbarn hat Brandenburg eine besondere Verantwortung, die auch mit besonderen Aufgaben verbunden ist. Um die Zusammenarbeit zu stärken, wird die Landesregierung künftig stärker mit den polnischen Regionen kooperieren. Auch soll es ein stär-

keres Zusammenwirken mit den kommunalen Akteuren im Rahmen der Oderpartnerschaft, vor allem den Euroregionen geben.

### Voraussetzung für mehr Windenergie geschaffen

Im Februar hat die Landesregierung einen neuen Windkrafteerlass beschlossen, der einen maßvollen Ausbau Erneuerbarer Energien sicherstellt, ohne die Naturvielfalt Brandenburgs zu gefährden. Der Erlass dient damit der

Umsetzung der in der Energiestrategie des Landes festgelegten Ziele. Windkraftanlagen werden dann zugelassen, wenn es keinen Widerspruch zum Schutzzweck der Naturschutzgebiete gibt.

### Neue Vize-Präsidentin des Landes-Verfassungsgerichtes

Mitte Februar ist Frau Kerstin Nitsche mit großer Mehrheit zur Vize-Präsidentin des Brandenburger Verfassungsgerichtes gewählt

## Kein Bauernland für Spekulanten!

Die rot-rote Koalition hat vereinbart sich dafür einzusetzen, dass die Privatisierungspraxis landwirtschaftlicher Flächen durch die Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) am Ziel des Erhaltes gewachsener landwirtschaftlicher Strukturen und wettbewerbsfähiger Betriebe auszurichten ist. Das Eigentum an Grund und Boden ist eine Schlüsselfrage der Agrarpolitik. In Brandenburg stehen noch etwa 120 000 ha Landwirtschaftsfläche zur Verwertung durch die BVVG an. Auch nach der Einführung neuer Privatisierungsgrundsätze Anfang 2010 gibt es nach wie vor gravierende negative Auswirkungen auf ortsansässige Landwirtschaftsbetriebe, weil die Preisentwicklung der BVVG-Flächen inzwischen ein Niveau erreicht hat, das sich im Regelfall mit einer landwirtschaftlichen Bewirtschaftung nicht mehr bezahlen lässt. Das geht zu Lasten bisheriger Flächennutzer, denen die Flächen entzogen wurden. Als Folge gehen herkömmliche Agrarstrukturen verloren und der ganze ländliche Raum nimmt Schaden. Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung besteht in dem Interesse landwirtschaftsfremder Personen und Unternehmen am Bodenerwerb.

Es resultiert aus dem Bestreben in risikoreichen Zeiten eine sichere und zugleich rendite-trächtige Geldanlage zu haben.

SPD und LINKE sind sich aber einig, dass landwirtschaftliche Flächen nicht als Spekulationsobjekte dienen dürfen. Daher haben wir im Januar beschlossen, dass die Verwertungspraxis der BVVG geändert werden muss. Dabei soll die Grenze für den Direkterwerb landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Pächter erhöht werden. Die Landesregierung soll sich für diese Änderung stark machen.

Nach den Privatisierungsgrundsätzen der BVVG von Anfang 2010 haben Pächter die Möglichkeit, Flächen im Direktkauf zu erwerben. Dabei ist die Gesamtfläche, die ein Landwirtschaftsunternehmen auf diesem Wege direkt erwerben kann, auf 450 ha begrenzt. Nicht direkt verkaufte Flächen werden öffentlich ausgeschrieben, wobei häufig Kaufpreise erreicht werden, die von den Unternehmen nicht getragen werden können. Solange ein Stopp der Ausschreibungen aus rechtlichen Gründen nicht erreichbar ist, kann das Problem durch Erhöhung der Grenze abgemildert werden, etwa von 450 ha auf 650 ha. Dies ermöglicht es



den größeren Betrieben, mehr Flächen für die eigene Produktion zu sichern und verringert den Umfang der Fläche, die öffentlich ausgeschrieben werden muss.

## Für eine Weiterentwicklung der LehrerInnen-Ausbildung

Seit einigen Jahren werden in Brandenburg Lehrerinnen und Lehrer im neuen Studiengang von Bachelor und Master ausgebildet. Nicht nur an dieser Entscheidung, sondern auch an den neuen Studiengängen insgesamt gab und gibt es viel Kritik. Daher wurde die LehrerInnen-Ausbildung im letzten Jahr evaluiert. Ausgehend von den Ergebnissen soll die Landesregierung jetzt ein Konzept zur Weiterentwicklung der Lehrkräfteausbildung im Land vorgelegen – das haben SPD und LINKE auf der letzten Landtagssitzung beschlossen.



Kernpunkte des Konzeptes sollen eine mögliche neue Struktur, die Berücksichtigung inklusionspädagogischer Aspekte, die Einrichtung eines Studienganges Sonderpädagogik, Maßnahmen zur Entwicklung psychosozialer Basiskompetenzen für den Lehrerberuf sowie die Weiterentwicklung des Vorbereitungsdienstes in allen Lehramtsstudiengängen sein. Berücksichtigt werden soll bei der Erstellung des Konzeptes auch der mittel- und langfristig zu erwartende Lehrkräftebedarf in den kommenden Jahren. Diesen

gilt es durch eine quantitative und qualitative Weiterentwicklung der Lehrkräfteausbildung und die Bereitstellung der entsprechenden lehramts- und fachbezogenen Ausbildungskapazitäten im Studium und im Vorbereitungsdienst abzusichern. Ein Schwerpunkt muss deswegen die bedarfsorientierte Ausbildung sein.

Im Sinne der schulischen Qualitätsentwicklung sollen wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Lehrerbildungsforschung in das Konzept Eingang finden. Nicht zuletzt ist es notwendig, neue Kompetenzen in allen Studiengängen zu integrieren, weil sich die Herausforderungen im Lehrberuf und die Anforderung der individuellen Förderung aller Schülerinnen und Schüler verändert haben. Rot-Rot geht damit den Weg hin zu einer besseren Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern.

### +++ Nachrichten +++

worden. Sie ist bereits seit 2009 als Richterin am Verfassungsgericht des Landes Brandenburg tätig.

#### Wahlalter 16

SPD und LINKE haben sich geeinigt, dass auf allen Ebenen Wahlalter 16 gelten soll. Neben dem kommunalen Wahlalter solle auch das Landeswahlalter und das Abstimmungsalter bei Volksabstimmungen auf 16 abgesenkt werden. Auch 16- und 17-Jährige können ver-

antwortungsvoll entscheiden, welche Politik in ihrer Kommune oder auch für unser Land gestaltet werden soll. Bei Landtagswahlen könnte Brandenburg hier eine Vorreiterrolle einnehmen.

#### Demokratie fördern statt politisch schnüffeln

Um Fördergelder des Bundes zu bekommen, müssen Initiativen für Demokratie seit Beginn 2011 eine sogenannte Extremismusklausel

unterzeichnen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung stellt so alle Initiativen, die sich gegen Neonazis engagieren unter einen linksextremistischen Generalverdacht. Brandenburg wird in seinem Kampf für ein tolerantes Brandenburg weiter auf breite gesellschaftliche Bündnisse mit vielen Partnern setzen. Die Bundesregierung muss auf diese sogenannte Extremismusklausel verzichten.

## ■ Hartz IV – schlimmer geht immer

Anfang Januar hat sich der neu berufene „Beirat für Beschäftigungsförderung im Landkreis Oder-Spree“ konstituiert. Die Sitzung wurde von zwei Problemen beherrscht: Den Wirkungen der Hartz-IV-Reform und der Arbeitsmarktstrategie des kommunalen Jobcenters im Landkreis Oder-Spree für das Jahr 2011.

Der Kurs der schwarz-gelben Bundesregierung schlägt brutal auf den Landkreis durch. Nach der amtlichen Statistik ist die Zahl der „Hilfebedürftigen“ gegenüber dem Vorjahr um sieben Prozent zurückgegangen. Die Mittel, um Langzeitarbeitslose in Arbeit zu bringen, wurden gleichzeitig um rund ein Drittel reduziert. Ins Auge springen die Kürzungen der

pro Jahr zu bewilligenden 1-€-Jobs: von 3700 im Jahr 2010 auf 1700 im Jahr 2011. Auf die Zahl der Stellen bezogen ist das eine Reduzierung auf weniger als die Hälfte. Noch heftiger fällt die Zahl der sogenannten „Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante“ aus. Da werden aus 600 Stellen im Jahr 2010 noch 150 Stellen in 2011 – das ist ein Viertel. Mit mehr als vier Millionen Euro trägt allein dieser Posten etwa zwei Drittel der gesamten Kürzung der Eingliederungsmittel. Diese Zahl ist bedeutsam, weil hier die Umsetzung des Landesprogramms „Arbeit für Brandenburg“ erfolgen kann. Aus diesem Beschäftigungsprogramm der rot-roten Landesregierung sind im Kreis gegen-



Foto: Dr.-Klaus-Uwe-Gerhardt\_pixelio.de

wärtig 94 Stellen geplant. Es liegen bereits 64 Anträge für 90 Stellen vor. Generell bleibt aber die Feststellung: Da das Amt für Grundsicherung – jetzt das Jobcenter – als Reparaturbetrieb für die anderweitig nicht gesicherte soziale Infrastruktur im Landkreis fungiert, sind als Folge der extremen Reduzierung neu bewilligter Stellen Verwerfungen in diesem Bereich absehbar. Auch die Beratungen zur Umsetzung des von-der-Leyen-„Bildungspakets“ machte das Dilemma einer Optionskommune sichtbar. Ihre Spielräume liegen letztlich ausschließlich in der Frage, wie sie die schwarz-gelbe Politik umsetzt.

Als Fazit bleibt mir nur die Bestätigung der Position unserer Fraktion: Hartz IV ist nicht reformierbar. Hartz IV muss weg. Und bis dahin sind wir im Ringen um Schadensbegrenzung und Hilfe im Einzelfall gefordert.

Dr. Artur Pech, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree



## ■ Kreistag für weitere Drittelfinanzierung bei Tierkörperbeseitigung

Der Kreistag Oder-Spree hat Anfang Februar auf seiner Sitzung einstimmig beschlossen, dass an der Förderung der Kosten für die Tierkörperbeseitigung festgehalten werden soll. Derzeit sind die Landkreise und kreisfreien Städte Träger der Tierkörperbeseitigung. In Brandenburg ist durch das Land ein privates Entsorgungsunternehmen mit der Tierkörperbeseitigung beauftragt worden. Entsprechend der im Gesetz festgelegten Kostenaufteilung für die Beseitigung werden die Kosten von verendetem Vieh aus landwirtschaftlichen Betrieben jeweils zu einem Drittel vom Land, von

den Landkreisen und kreisfreien Städten und vom Landwirt getragen (Drittellösung). Zur Konsolidierung des Landeshaushalts hat die Landesregierung mit dem Haushaltsplan beschlossen, ab 2011 die Beteiligung des Landes an den Kosten der Tierkörperbeseitigung vollständig zu streichen. Dagegen spricht sich der Kreistag aus. Als die Kostendrittellung im Juli 1994 eingeführt wurde, war die Intention dafür die Tatsache, dass die Tierkörperbeseitigung eine öffentlich-rechtliche Aufgabe und ein wichtiges Element der Tierseuchenprophylaxe sowie

des Gesundheits- und des Verbraucherschutzes darstellt. Deshalb ist es nötig, dass die öffentliche Hand auch weiterhin einen Teil der Kosten übernimmt. Insoweit ist die Beteiligung des Landes und auch die der Kommunen ein Beitrag zum Tierseuchen-, Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz zu verstehen. Ebenso führt die Regelung zu einer spürbaren Kostenentlastung für die Tierhalter, was angesichts des seit Jahren in vielen Bereichen der Tierproduktion sehr geringen Ertrages auch dringend geboten ist.

### +++ Nachrichten +++

#### Martin Habermann erhält das Bundesverdienstkreuz

Über drei Legislaturperioden hat Martin Habermann als Vizepräsident des Brandenburger Landtages souverän und überparteilich an der Gestaltung des Landes mitgearbeitet. Sein Engagement galt insbesondere der Neugründung unseres Landes. Sei es bei der Mitwirkung an der Brandenburger Verfassung

oder bei der Erarbeitung von Gesetzesvorhaben im neu gegründeten Bundesland – Martin Habermann brachte sich konstruktiv ein. Dabei war ihm die Meinung der Fachleute sehr wichtig. Parteiengenzänk war ihm dagegen fremd.

#### Enquete-Kommission zieht erste Schlüsse

Nach den ersten Sitzungen der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

waren sich alle Vertreter einig, dass Defizite in der Anerkennung und im Umgang mit Verfolgten der SED-Diktatur zügig behoben werden müssen.

Dabei geht es auch um die weitere Qualifizierung der politischen Bildung, der Gedenkstättenarbeit sowie der Arbeit in den Brandenburger Schulen. Trotzdem gab es unterschiedliche Bewertungen der politischen Aufarbeitung von Opposition und Widerstand sowie deren Anerkennung in der BRD nach dem Jahr 1990.

## ■ Gysi in Fürstenwalde

Ende Januar war der Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bundestag, Gregor Gysi, in Fürstenwalde zu Gast. Auf Einladung der LINKEN Oder-Spree sollte er über die Kritik an der aktuellen schwarz-gelben Bundespolitik berichten. Trotz einer Verspätung wurde Gregor Gysi begeistert von den rund 180 Anwesenden begrüßt. Nach der Eröffnung durch den Landtagsabgeordneten Peer Jürgens, der eine kurze Bilanz der rot-roten Landesregierung gab, kam Gregor Gysi gleich zur Sache. Dabei zielte er vor allem auf die künftigen vier Alleinstellungsmerkmale der LINKEN ab:

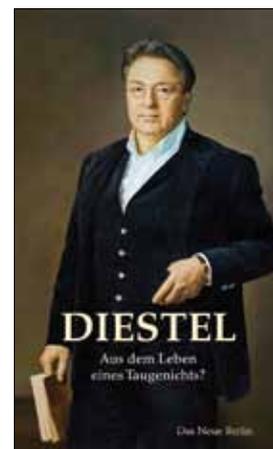
Neben der Friedens-Frage sei das vor allem die soziale Frage (welche das Bildungs-Thema einschließt), die Frage nach Demokratisierung und der Ost-West-Angleichung. Zu allen Themen hatte er wie immer anschauliche Beispiele und viele Zahlen. Ein wie immer mitreißender Gregor Gysi bot einen spannenden und interessanten Abend. Peer Jürgens dankte ihm dafür mit einer guten Flasche Wein.



## ■ Aus dem Tagebuch eines Taugenichts?

Peter-Michael Diestel war der letzte Innenminister der DDR. Seine Erlebnisse hat er im Jahr 2010 in einem Buch aufgeschrieben. Der Landtagsabgeordnete Peer Jürgens hatte Herrn Diestel Anfang Februar eingeladen, um über sein Buch, das im Untertitel „Aus dem Leben eines Taugenichts?“ heißt, und die Erfahrungen zu reden. Über 100 Gäste waren der Einladung gefolgt und verfolgten einen spannenden und lustigen Abend. Das Gespräch zwischen dem Linkspolitiker und dem Anwalt, der Mitglied der CDU ist, dreht sich um den Weg Diestels in die Politik und seine Erlebnisse als Innenminister. Das Gespräch wurde oft von Applaus unterbrochen, den Diestel mit seinem Statements hervorrief. Seine teilweise markigen Aussagen über den heutigen Umgang mit ehemaligen Mitarbeitern des MfS oder zu den Ergebnissen der Wende kamen beim Publikum sehr gut an und fordern auch zum Nachdenken auf.

Nach knapp zwei Stunden endete eine sehr unterhaltsamer und kurzweiliger Abend.



## ■ Ausstellungseröffnung mit Gertrud Zucker im Roten Laden

Im Januar diesen Jahres feiert die Bad Sauerower Künstlerin und Kinderbuchillustratorin Gertrud Zucker ihren 75. Geburtstag. Anlässlich dieses Ehrentages eröffnete der Landtagsabgeordnete Peer Jürgens zusammen mit Gertrud Zucker am 5. Januar 2011 im Roten Laden in Fürstenwalde eine Ausstellung mit einer Auswahl politisch motivierter Arbeiten der Künstlerin. Gertrud Zucker ist nicht nur eine der bekanntesten Kinderbuchillustratorinnen in Deutschland und mit vielen Preisen ausgezeichnet, sie auch seit vielen Jahren mit der Partei DIE LINKE im Landkreis Oder-Spree verbunden. Wir freuen uns über diese einzigar-

tige Möglichkeit ihre Werke der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.



Gertrud Zucker bei der Ausstellungseröffnung im Roten Laden am 5. Januar

Die Ausstellung ist täglich außer Mittwoch von 10 Uhr bis 14 Uhr im Roten Laden (Feldstraße 4) in Fürstenwalde zu besichtigen.

## ■ Fürstenwalder Gespräch: Starke, linke Frauen in Regierung

Immer Anfang März findet in Brandenburg die Frauenwoche statt und aus diesem Anlass hat der Landtagsabgeordnete Peer Jürgens zwei Staatssekretärinnen aus Rot-Roten Regierungen zum Gespräch eingeladen. Daniela Trochowski, Staatssekretärin im Brandenburger

Finanzministerium und Kerstin Liebich, Staatssekretärin für Arbeit und Integration in der Senatsverwaltung von Berlin, sprachen mit dem Linkspolitiker über Frauen in der Politik. Dabei wurde vor allem deutlich, dass Frauen auch in den politischen Führungspositionen noch unterbesetzt sind. Oft greifen hier bei Neubesetzungen „Männernetzwerke“. Ansonsten ist in den Ministerien die Notwendigkeit angekommen, Maßnahmen zur Frauen- und Familienfreundlichkeit zu ergreifen. Auch waren sich beide Frauen einig, dass es keinen speziellen weiblichen Blick auf Politik gibt. Dennoch fehlt es Frauen manchmal an dem Selbstvertrauen, sich auf dem Weg in Führungspositionen durchzusetzen. Die Frauenquote in Parteien und in der Wirtschaft begrüßten beide. Die Gäste erhielten im Rahmen des gemütlichen Abends einen persönlich und politischen Blick auf Frauen in der Politik – aus der Sichtweise von zwei linken Frauen.

## ■ „Flimmerstunde“ in Beeskow zum Shoa-Gedenktag

Am 27. Januar ist der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Der Landtagsabgeordnete Peer Jürgens nahm an diesem Tag an der Ehrung der Opfer in Beeskow teil, die vom Bürgermeister organisiert wurde. Im Anschluss fand die erste „Flimmerstunde“ des Abgeordneten statt – Peer Jürgens lädt die Bürgerinnen und Bürger zu einem Filmabend ein. In der Regel zeigt der Linkspolitiker dort Filme, die eher selten den Weg in das Kino finden. Am heutigen Tag stand – passend zum Anlass – der Film „Nackt unter Wölfen“ auf dem Programm, ein Film über ein Stück Menschlichkeit in einem Konzentrationslager. Dort verstecken Häftlinge ein kleines Kind. Der DEFA-Film aus den 60er Jahren, der auf dem Buch von Bruno Apitz basiert, zeigt sehr eindringlich das Lagersystem.

Künftig wird Peer Jürgens einmal im Quartal einen Film in Beeskow unter dem Motto „Flimmerstunde“ zeigen.



Staatssekretärinnen Kerstin Liebich (li.) und Daniela Trochowski (re.) mit Gastgeber Peer Jürgens

## ■ Politischer Aschermittwoch in Fürstenwalde

Der politische Aschermittwoch ist eine Gelegenheit, einmal mit derberen Mitteln den politischen Konkurrenten, aber auch die eigene Partei zu kritisieren. Traditionell begeht DIE LINKE Oder-Spree diesen Tag mit einer Veranstaltung und in diesem Jahr waren



die stellvertretende Parteivorsitzende, Halina Wawzyniak (MdB) und der Landesvorsitzende Thomas Nord (MdB) eingeladen. Halina zog auch entsprechend über den politischen Gegner her. Zunächst musste natürlich Herr Guttenberg dran glauben, der nur als „der Plagiator“ in die Rede einging. Aber auch SPD

und Grüne bekamen ihr Fett weg, vor allem für ihre Haltung beim Hartz-IV-Kompromiss. Aber auch DIE LINKE wurde von Halina auf's Korn genommen, so beispielsweise die Programmdebatte und der Versuch, transparente Kommunikation über das Internet und die neuen Dienste wie Twitter verbieten zu wollen.

Thomas enthielt sich diesmal größtenteils einer politischen Rede, sondern trieb die Gäste mit Zitaten aus Versicherungs-Scheinen zu Lachsalven. Insgesamt ging ein kurzweiliger, witziger und an der einen und anderen Stelle auch nachdenklicher Abend zu Ende.

## ■ Was werde ich, wenn ich groß bin?

Zur Beantwortung dieser Frage stellt der Landtagsabgeordnete Peer Jürgens Berufsbilder in Kitagruppen in seinem Wahlkreis vor. Bildung ist eines der Hauptthemen, in denen sich die Partei DIE LINKE seit Jahren engagiert. Hierbei werden nicht nur ausreichende Bildungschancen an Schulen und Hochschulen gefordert, DIE LINKE ist überzeugt dass Bildung schon im frühesten Kindesalter beginnen muss.

Der Landtagsabgeordnete Peer Jürgens macht dies praktisch vor. Bereits im November 2010 begann er mit einer Veranstaltungsreihe unter dem Thema „Was arbeitest Du?“ in den Kindertagesstätten in seinem Wahlkreis. Leider gehen in der heutigen Zeit immer weniger Eltern im Familienkreis darauf ein, welchen Beruf sie ausüben. Kaum noch erzählen Eltern ihren Kindern, was sie den ganzen Tag über tun. Trotz allem entwickeln Kinder schon im frühen Alter Vorstellungen, was sie selbst später machen wollen. Natürlich sind hierbei die einfachen „Helden des Alltags“ die Vorbilder der Kinder. So war es auch nicht verwunderlich, dass die häufigste Antwort auf die Frage „Was wollt ihr einmal werden?“ dann auch der Feuerwehrmann, die Erzieherin oder der Polizist waren.

Im Gepäck Beamer, Leinwand und eine Auswahl von Berufsvorstellungen aus der Reihe „Willi will's wissen“ ging Peer Jürgens in die Vorschulgruppe der vieler Kitas. Ob Beeskow, Buckow, Beerfelde, Heinersdorf – immer bringt er auch einen Vertreter der Berufsgruppe mit. Nach der Einstimmung durch die kleine Kinovorstellung konnten die Kinder dann dem Feuerwehrmann oder Polizisten Löcher in den Bauch fragen und meistens sogar den Feuerwehrhelm aufsetzen oder sich andere Ausrüstungsgegenstände aus der Nähe ansehen. Für die Kinder war es immer wieder ein

großer Spaß und hoffentlich auch ein Anreiz, die Eltern zuhause mal nach ihren eigenen Berufen zu fragen.

Natürlich ist diese Veranstaltungsreihe nur ein Anstoß und eine Unterstützung für die tägliche Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern in den Einrichtungen. Die Nachfrage der Kindertagesstätten zeigt jedoch die Bereitschaft und die Not, in der die Pädagogen teilweise stecken. Kinder können nun mal nur in der Kooperation aller Beteiligten umfassend gebildet werden und eine grundlegende Erziehung genießen. Die von der Politik beschlossene Erhöhung des Betreuungsschlüssels ist hierbei nur ein Anfang.

## ■ Besuch bei Berendsen in Fürstenwalde

Mitte März besuchte der Landtagsabgeordnete Peer Jürgens die Groß-Wäscherei Berendsen in Fürstenwalde. Herr Falck, der neue Geschäftsführer, begrüßte den Abgeordneten sehr herzlich und bedankte sich für das Interesse. Danach stellte er das Werk und das Unternehmen vor – dabei war für Peer Jürgens vor allem der soziale Charakter beeindruckend. So zahlt Berendsen nicht nur einen guten Stundenlohn, die Firma bietet auch Qualifizierungsmaßnahmen wie Deutsch- und Englischkurse an und kooperiert mit der AOK hinsichtlich der Gesundheitsvorsorge für die Mitarbeiter. Gute Stimmung unter der Belegschaft sei ihm wichtig, so Herr Falck. Daher berät er sich auch regelmäßig mit dem Betriebsrat.

Anschließend führt der Geschäftsführer den Abgeordneten noch durch die Werkhalle und erläuterte dem Linkspolitiker die Abläufe im Reinigungsprozess. Der Rundgang zeigte dem Politiker wieder, dass man nie ausgelernt hat.

Der Landtagsabgeordnete Peer Jürgens wird sich auch weiterhin bemühen, Einrichtungen in seinem Wahlkreis mit solchen oder ähnlichen Aktionen zu unterstützen. Wohl wissend dass gute Politik nur dann Nutzen bringt, wenn sie auch vor Ort ankommt und dort auch Unterstützung findet.

Michael Kahle, Wahlkreismitarbeiter



Wer möchte, dass Peer Jürgens auch in seine Einrichtung zur Vorstellung vom Berufsbildern kommt, wendet sich bitte an den Wahlkreismitarbeiter Michael Kahle:

Bürgerbüro MdL Peer Jürgens  
Eisenbahnstraße 146  
15517 Fürstenwalde  
Tel.: (0173) 2871200  
E-Mail: mail@peer-juergens.de



## ■ Stoppt den Krieg in Libyen! Frau Merkel, keine Unterstützung für den Krieg!



Es ist wieder Krieg. Bomben werden abgeworfen, Raketen geschossen. Die Kette der Kriege – Jugoslawien, Irak, Afghanistan und jetzt Libyen – zeigt, dass Krieg wieder zum Mittel der Politik geworden ist. Frankreich, Großbritannien und die USA bomben auf Ziele in Libyen.

DIE LINKE hatte gewarnt: Flugverbotszonen wären der erste Schritt in einen Krieg. Wer die Luftwaffe von Gaddafi am Boden halten will, muss sie ausschalten – das heißt Krieg. Die laufende AWACS-Aufklärung der NATO über Libyen mit deutscher Beteiligung heißt Aufklärung von Bombenzielen.

Die Nato soll eingreifen – und zusätzlich wird eine Koalition der Willigen formiert. Vieles erinnert an den Irak-Krieg. Bundeskanzler Schröder schickte keine Truppen in den Irak, seine Regierung half aber – wo immer möglich –, den Krieg zu führen. Unter Bundeskanzlerin Merkel hat Deutschland sich im Weltsicherheitsrat der Stimme enthalten. Aber Deutschland hilft wieder, den Krieg zu führen, indem die Regierung die NATO in Afghanistan entlastet und Überflugrechte gewährt. Merkel macht den Schröder. Es ist eine Schande, dass Grüne und SPD am aggressivsten für den Krieg werben. DIE LINKE sagt: Krieg darf kein Mittel der Politik sein, weder in Libyen noch in Afghanistan!

Wir haben gelernt aus den völkerrechtswidrigen Kriegen gegen Jugoslawien, den Irak und Afghanistan: Mit Bomben und Raketen werden Menschenrechte nicht gesichert, sondern Menschenleben vernichtet. DIE LINKE hat Nein gesagt zu den Kriegen. DIE LINKE ist ganz konsequent gegen militärische Interventionen der EU oder der NATO in Libyen. DIE LINKE will die Bundeswehr aus Afghanistan

zurückholen, und statt eines neuen Krieges in Nordafrika wollen wir die Opposition gegen autoritäre Regime wie Saudi-Arabien, Bahrein, Libyen oder Jemen bestärken. Deutschland darf sich nicht am Krieg gegen Libyen beteiligen und auch nicht deutsche Soldaten für das AWACS-System nach Afghanistan schicken.

Was kann getan werden? DIE LINKE hat im Bundestag vorgeschlagen, den Export von Waffen und Rüstungsgütern in den gesamten Nahen Osten sofort und dauerhaft zu stoppen. Das kann ein erster Schritt zum weltweiten Waffenexportverbot sein. DIE LINKE will sofort den Export und Import von Öl aus Libyen in die Europäische Union stoppen. Wenn kein Öl mehr fließt und kein Geld mehr kommt, wächst die politische Vernunft. DIE LINKE will, dass sich Europa und Deutschland für Flüchtlinge öffnen.

Der Krieg stärkt Gaddafis autoritäre Herrschaft. DIE LINKE ist solidarisch mit den

Menschen, die unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit für eine freie, demokratische und sozial gerechte Heimat eintreten.

Deutschland hat mit den Diktatoren in der arabischen Region nicht nur verhandelt, sondern bis fünf nach zwölf paktiert. Deutschland hat Waffen und Ausrüstungen geliefert und Ausbildungen durchgeführt. Deutsche Waffenexporte, Ausbildungs- und Ausstattungshilfen müssen sofort beendet werden. Der deutschen Politik war es gleichgültig, dass in diesen Ländern Demokraten verfolgt wurden, in den Gefängnissen saßen und noch sitzen, dass in diesen Ländern gefoltert wurde und wird, dass Frauen unterdrückt werden. Auch im Krieg paktiert Deutschland mit Saudi-Arabien. Saudi-Arabien mordet mit seinen Truppen Aufständische in Bahrein. Saudi-Arabien unterdrückt alle demokratischen Bewegungen im eigenen Land. Das wird vom Westen toleriert. Das muss sich ändern! Eine neue Politik gegenüber der Region ist notwendig. Die Revolution in Ägypten und Tunesien war das Werk der Demokraten in diesen Ländern. Es war ihre Revolution! Wir sind solidarisch mit ihnen, wir unterstützen sie weiterhin politisch auf ihren Wegen zu wirklich demokratischen Verhältnissen, und wir wollen von ihnen lernen.

Resolution des Parteivorstandes DIE LINKE vom 20. März 2011



Mein Anliegen/Frage:

Ich möchte Infomaterial

Ich möchte angerufen werden

Ich möchte einen Gesprächstermin

Peer Jürgens, MdL  
Bürgerbüro: Fax (033 61) 342624  
Eisenbahnstr. 146, 15517 Fürstenwalde

**Lösungswort Kreuzworträtsel:**

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Tel.: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

## Preisrätsel

Zu gewinnen sind:

- 1. Preis: 1 Büchergutschein à 50 €
- 2. Preis: 1 Einkaufsgutschein à 25 €

Einsendeschluss: 30. April 2011

## Impressum

Pe(e)r Post ist ein Infoblatt des Landtagsabgeordneten Peer Jürgens. Es erscheint regelmäßig viermal im Jahr.

V.i.S.d.P.: MdL Peer Jürgens  
Bürgerbüro: Eisenbahnstraße 146,  
15517 Fürstenwalde

Kontakt: Telefon: (01 73) 2 87 12 00  
E-Mail: mail@peer-juergens.de  
Internet: www.peer-juergens.de

## Bürgersprechstunden

Liebe Bürgerinnen und Bürger, der Landtagsabgeordnete Peer Jürgens kommt regelmäßig direkt zu Ihnen vor Ort und stellt sich Ihren Fragen und Anregungen. Die nächsten Termine sind:

### Donnerstag, 31. März 2011 und danach jeden letzten Donnerstag im Monat

- 10.00 Beeskow, Marktplatz
- 13.00 Fürstenwalde, Marktplatz
- 15.00 Fürstenwalde, Gesundheitszentrum Nord

### Dienstag, 5. April 2011

- 10.00 Steinhöfel, Gemeindeamt, Demnitzer Straße
- 11.30 Arensdorf, Bushaltestelle Kirche
- 12.30 Heinersdorf, Parkplatz, Hauptstraße
- 14.00 Beerfelde, Kita

### Donnerstag, 7. April 2011

- 10.00 Groß-Rietz, Am Schlosspark
- 11.30 Pfaffendorf, Einkaufszentrum, Hauptstraße
- 13.00 Görzig, Bushaltestelle Schule
- 14.00 Rietz-Neuendorf, Rathaus
- 15.30 Lindenberg, Einkaufszentrum

### Freitag, 8. April 2011

- 10.00 Kagel, Bürgerhaus
- 11.30 Grünheide, Rathaus am Markt
- 13.30 Briesen, Bahnhofstraße/Karl-Marx-Straße
- 14.30 Jacobsdorf, Einkaufszentrum, Hauptstraße

## Veranstaltungen

- **Dienstag, 5. April, 19 Uhr, Beeskow**  
Mauerstraße 28 (Bibliothek)  
**Beeskower Gespräch: „Was bedeutet Verbraucherschutz konkret?“**  
Gäste: Daniel Rühmkorf (Staatssekretär im Verbraucherschutzministerium) und Jochen Resch (Vorsitzender der Verbraucherzentrale Brandenburg)
- **Montag, 11. April, 19 Uhr, Fürstenwalde**  
Roter Laden (Feldstraße 4)  
**Fürstenwalder Gespräch: „Was kann und muss Integration leisten?“**  
Gast: Sevrin Dagdelen, MdB
- **Donnerstag, 5. Mai, 19 Uhr, Beeskow**  
Mauerstraße 28 (Bibliothek)  
**Flimmerstunde in Beeskow**, Film „Kapitalismus – eine Liebesgeschichte“ von Michael Moore, Eintritt frei
- **Mittwoch, 25. Mai, 18 Uhr, Grünheide**  
**„Tourismus in Brandenburg und Oder-Spree“**, Gäste: Ralf Christoffers (Wirtschaftsminister) und Ellen Rußig (Tourismusverband Oderland-Spree)

## Peer's Küche: Traumhafte Eierlikör-Sahne Torte

### Zutaten (für vier Personen):

- 6 Eier (Gewichtsklasse 3)
- 90 g Zucker
- 70 g Mehl
- 20 g Kakaopulver
- 9 Blatt Gelatine
- 100 g Butter, weiche
- 100 g Puderzucker
- 2 Pck. Vanillezucker
- ¼ Lit. Eierlikör
- 500 g Schlagsahne
- 2 Pck. Waffelröllchen mit Schokolade, á 100 g
- 2 EL Schokoladenraspel

### Zubereitung:

3 Eier und 3 EL Wasser schaumig schlagen. Zucker 3-4 Minuten unterschlagen. Mehl und Kakao dazusieben, vorsichtig unterheben. Biskuitteig in eine mit Backpapier ausgelegte

Springform (26 cm Durchmesser) streichen. Im vorgeheizten Backofen (E-Herd 200°C, Umluft 170°C, Gas Stufe 3) 15-20 Minuten backen. Auskühlen lassen.

Gelatine in kaltem Wasser einweichen. Butter, Puderzucker und Vanillinzucker cremig rühren. Übrige 3 Eier trennen.

Eigelb und Eierlikör, bis auf 2 EL, in die Buttermischung rühren. Gelatine ausdrücken, bei milder Hitze auflösen und langsam unter die Masse rühren. Masse leicht gelieren lassen. Inzwischen Sahne steif schlagen, etwa ¼ davon beiseite stellen. Eiweiß ebenfalls steif schlagen. Erst Sahne, dann Eiweiß unterheben.

Etwas Likör-Sahne am Bodenrand verteilen. Röllchen abwechselnd mit der Schokoseite nach oben und unten senkrecht darauf stellen.

Likör-Sahne einfüllen und glatt streichen. Rest geschlagene Sahne als Tuffs auf die Torte spritzen. Mit übrigem Eierlikör beträufeln, Schokorasel darüber streuen.

Torte im Kühlschrank 4-5 Stunden fest werden lassen (am besten über Nacht)

## Preisrätsel

### Waagrecht

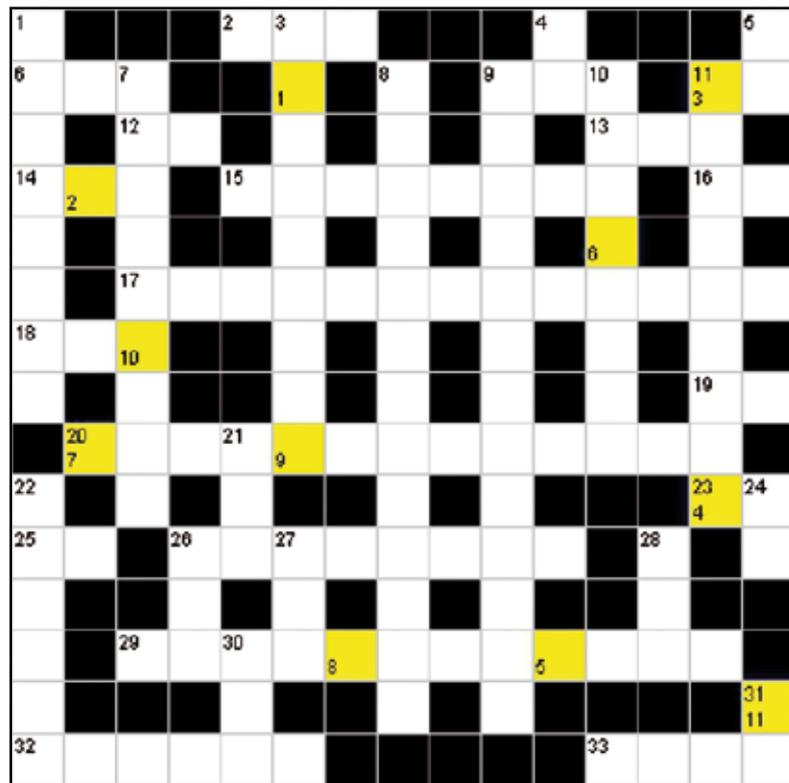
**2** ungarisch: Haus, **6** dän. u. schwed. Flüssigkeitsmaß, **9** Abk.: Behörde, **11** Kfz-Kz.: Limburg-Weilburg, **12** Abk.: Associated Press, amerikanische Presseagentur, **13** israelischer König, **14** Abk.: Allgem. Ortskrankenkasse, **15** Nervenknoten, **16** Kfz-Kz.: Konsularisches Korps, **17** Breitenkreis d. Erdkugel, **18** engl.-amerik.: na so was!, **19** sagenhafter menschenfressender Riese, **20** astronomischer Begriff, **23** Kfz-Kz.: Alzey-Worms/internationales Kfz-Kz.:

Aserbaidshan, **25** Abk.: das heißt, **26** Figur in „Barbier v. Bagdad“, **29** gr. Furcht, **32** altfrz. Tanz, **33** e. Tonart

### Senkrecht

**1** Schlacht 1777/Amerikaner über Engländer, **3** lateinisch: Liebeskunst (zwei Worte), **4** Kfz-Kz.: Elbe-Elster, **5** Kfz-Kz.: Weilheim/Schongau, **7** englischer Autor (Thackeray,

William) \*1811 †1863, **8** Operette von Zeller, **9** Tier, **10** weiblicher Vorname, **11** Figur in „Bauer als Millionär“, **21** germanischer Gott, **22** Umstandswort, **24** Kfz-Kz.: Zwetl/Niederösterreich, **26** griechische Vorsilbe: neu, **27** Kfz-Kz.: Rheinland-Pfalz, Landesregierung und Landtag, **28** Name vieler Sportvereine, **30** englisches Längenmaß für 1,143 m, **31** Abk.: Doktor



Lösungswort auf Seite 7 in Coupon eintragen und schicken an  
Bürgerbüro MdL Peer Jürgens,  
Eisenbahnstr. 146, 15517 Fürstenwalde.



altfrz. Heldenepos, um ein Paladin von Karl dem Großen